

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einführung	1
A. <i>Der Gegenstand der Untersuchung</i>	1
B. <i>Der Gang der Untersuchung</i>	5
1. Teil: Die Beweislastverteilung und der Vermutungsbegriff im europäischen Kartellrecht	7
A. <i>Die Verteilung der objektiven Beweislast unter der Verordnung 1/2003</i>	7
B. <i>Der Nachweis der Beteiligung an wettbewerbsbeschränkendem Verhalten und ihrer Dauer</i>	8
C. <i>Die Verschiebung der konkreten Beweisführungs- und Behauptungslast</i>	11
D. <i>Der Vermutungsbegriff</i>	15
E. <i>Zusammenfassung</i>	52
2. Teil: Die Beteiligungsvermutungen	55
A. <i>Die Anwendung der Beteiligungsvermutungen im Hinblick auf die Begehungsformen einer Zuwiderhandlung</i>	55
B. <i>Die Koordinierungsvermutung</i>	56
C. <i>Die Kausalitätsvermutung („Anic-Vermutung“)</i>	115
D. <i>Die Fortführungsvermutung</i>	151

<i>E. Die Wechselwirkungen zwischen den Beteiligungsvermutungen . . .</i>	191
<i>F. Zusammenfassung</i>	199
3. Teil: Die Widerlegung der Beteiligungsvermutungen	207
<i>A. Die Geltendmachung der Widerlegungsgründe</i>	207
<i>B. Die offene Distanzierung</i>	208
<i>C. Die Selbstanzeige bei den Kartellbehörden</i>	242
<i>D. Der Nachweis eines unabhängigen Marktverhaltens als Widerlegungsform</i>	254
<i>E. Die Vorlage sogenannter „anderer Beweise“ als Widerlegungsform</i>	268
<i>F. Zusammenfassung</i>	278
Literaturverzeichnis	283
Stichwortregister	291

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einführung	1
<i>A. Der Gegenstand der Untersuchung</i>	1
<i>B. Der Gang der Untersuchung</i>	5
1. Teil: Die Beweislastverteilung und der Vermutungsbegriff im europäischen Kartellrecht	7
<i>A. Die Verteilung der objektiven Beweislast unter der Verordnung 1/2003</i>	7
<i>B. Der Nachweis der Beteiligung an wettbewerbsbeschränkendem Verhalten und ihrer Dauer</i>	8
I. Die Beteiligung an einer Zuwiderhandlung	8
II. Die Dauer der Beteiligung	10
<i>C. Die Verschiebung der konkreten Beweisführungs- und Behauptungslast</i>	11
<i>D. Der Vermutungsbegriff</i>	15
I. Die Notwendigkeit einer dogmatischen Qualifizierung von Vermutungen	15
II. Die Beweiserleichterungen im deutschen Recht	17
1. Die Dichotomie der Beweiserleichterungen	17
2. Der Indizienbeweis	19
3. Der Anscheinsbeweis	21
4. Die tatsächliche Vermutung	25
5. Die widerlegbare gesetzliche Vermutung	28
a) Die Abgrenzung zu den erfahrungsbasierten Beweiserleichterungen	28

b) Die Beweislastnorm und ihre Ermittlung	29
c) Die widerlegbare gesetzliche Vermutung im Besonderen	30
6. Die Beweislastumkehr auf der Grundlage von Sachgründen und die erfahrungsbasierte Beweiserleichterung	32
7. Die unwiderlegbare gesetzliche Vermutung und die Fiktion	36
III. Die Unterscheidung von tatsächlichen und normativen Vermutungen im europäischen Kartellrecht	37
1. Das Fehlen einer umfassenden und differenzierenden Dogmatik	37
2. Die tatsächliche Vermutung	39
a) Die Begriffsbestimmung	39
b) Die unzulässige Vermengung mit Sachgründen	42
c) Die überschießende erfahrungsbasierte Beweiserleichterung	45
3. Die normative Vermutung	47
a) Die Begriffsbestimmung	47
b) Die Sachgründe im Kartellrecht	48
c) Die Exemplifikation	49
E. Zusammenfassung	52
2. Teil: Die Beteiligungsvermutungen	55
A. Die Anwendung der Beteiligungsvermutungen im Hinblick auf die Begehungsformen einer Zuwiderhandlung	55
B. Die Koordinierungsvermutung	56
I. Die Entstehungsgeschichte und der Gegenstand	56
1. Die Entwicklung der Vermutung	56
2. Die Entwicklung der Widerlegungsmöglichkeiten	61
II. Der Anwendungsbereich	62
1. Die Vereinbarung	62
2. Die abgestimmte Verhaltensweise	64
a) Das Wesen der abgestimmten Verhaltensweise	64
b) Der Anknüpfungspunkt der Koordinierungsvermutung	66
3. Der Beschluss einer Unternehmensvereinigung	67
III. Die Rechtsnatur und Wirkungsweise	69
1. Die Qualifikation als eine tatsächliche Vermutung	69
2. Die Verschiebung der konkreten Beweisführungs- und Behauptungslast und der Gegenbeweis	71
3. Die passive Beteiligung als ein eigenständiger Begehungstatbestand	73
IV. Die Anwendungsvoraussetzungen	74

1. Die Ermittlung der Anwendungsvoraussetzungen	74
2. Die Anforderungen an die kartellrechtswidrigen Sitzungen	75
a) Die Begründung einer erstmaligen Verantwortlichkeit und die Fortführung einer einheitlichen Zuwiderhandlung ...	75
b) Der kartellrechtswidrige Gegenstand	76
c) Die offensichtliche Wettbewerbsbeschränkung	77
3. Die Anforderungen an die Sitzungsteilnahme	79
a) Die innere Tatseite bei der Teilnahme	79
b) Die aktive und die passive Teilnahme	82
c) Die Teilnahme eines Unternehmensvertreters	83
4. Die Erstreckung der Koordinierungsvermutung auf einseitige Unterrichtungen durch die Eturas-Entscheidung	83
a) Die bisherige Rechtsprechung zu einseitigen Unterrichtungen	83
b) Die Eturas-Entscheidung und ihr Aussagegehalt für die Koordinierungsvermutung	86
aa) Der Sachverhalt des Ausgangsverfahrens und die Vorlagefrage	86
bb) Das Urteil des EuGH	88
cc) Die Bedeutung für die Koordinierungsvermutung ...	89
(1) Die besonderen Sachverhaltsumstände der Entscheidung und ihre Abstrahierungsfähigkeit	89
(2) Die Schlussfolgerungen für die Anwendung der Koordinierungsvermutung auf Sachverhalte ohne Sitzungsteilnahme	91
V. Die Rechtfertigung	93
1. Die Existenz und die Reichweite des Erfahrungssatzes	93
a) Das Vorhandensein eines entsprechenden Erfahrungssatzes	93
b) Die Grenzen der Koordinierungsvermutung	100
c) Die Legitimationsfreiheit von tatsächlichen Vermutungen	101
2. Der Einfluss auf die Beweislastverteilung	104
a) Die Beweislastverteilung infolge der Teilnahme an einer Sitzung	104
aa) Die tatsächliche Vermutung und die Beweislastverteilung in Art. 2 Satz 1 VO 1/2003	104
bb) Die tatsächliche Vermutung und die Unschuldsvermutung	105
b) Die überschießende erfahrungsbasierte Beweiserleichterung bei einseitigen Unterrichtungen außerhalb von Sitzungen	109

aa) Die richterliche Rechtsfortbildung von Art. 2 Satz 1 VO 1/2003	109
bb) Die Vereinbarkeit mit der Unschuldsvermutung	111
VI. Die Widerlegung	112
1. Die Abwendung der erstmaligen Begehung einer Zuwiderhandlung	112
a) Die Widerlegungsmöglichkeiten infolge der Teilnahme an einer Sitzung	112
b) Der Gegenbeweis bei einseitigen Unterrichtungen außerhalb von Sitzungen	114
2. Die Beendigung oder Unterbrechung der Beteiligung an einer einheitlichen Zuwiderhandlung	115
3. Die Selbstanzeige bei den Kartellbehörden	115
C. Die Kausalitätsvermutung („Anic-Vermutung“)	115
I. Die Entstehungsgeschichte und der Gegenstand	115
II. Der Anwendungsbereich	118
III. Die Rechtsnatur und Wirkungsweise	122
1. Die Vermutung als ein integraler Bestandteil der abgestimmten Verhaltensweise	122
a) Die Ansicht des EuGH	122
b) Die Unbestimmbarkeit von Rechtsnatur und Wirkung nach der Ansicht des EuGH	124
2. Die Qualifikation als eine tatsächliche Vermutung	127
3. Die Verschiebung der konkreten Beweisführungs- und Behauptungslast und der Gegenbeweis	130
IV. Die Anwendungsvoraussetzungen	133
1. Die Abstimmung zwischen Wettbewerbern	133
a) Die Verringerung der Ungewissheit des Wettbewerbs	133
b) Der Grad der Abnahme der Ungewissheit des Wettbewerbs	136
2. Das der Abstimmung anschließende Marktverhalten	138
V. Die Rechtfertigung	139
1. Die Existenz und die Reichweite des Erfahrungssatzes	139
2. Der Einfluss auf die Beweislastverteilung	143
a) Die Anerkennung eines Gegenbeweises	143
b) Die unzulässige Beweislastumkehr beim Beweis des Gegenteils	145
VI. Die Widerlegung	147
1. Der Nachweis eines unabhängigen Marktverhaltens	147
2. Die Erschütterung der gerichtlichen Überzeugung beim Gegenbeweis	148

3. Die sonstigen Widerlegungsgründe	150
<i>D. Die Fortführungsvermutung</i>	151
I. Die Entstehungsgeschichte und der Gegenstand	151
II. Die Beteiligung an einer einheitlichen Zuwiderhandlung	156
1. Die einheitliche Zuwiderhandlung	156
2. Der Nachweis einer einheitlichen Zuwiderhandlung und ihrer Dauer	162
3. Die erstmalige Beteiligung an einer einheitlichen Zuwiderhandlung	164
III. Der Anwendungsbereich	166
IV. Die Rechtsnatur und Wirkungsweise	168
V. Die Anwendungsvoraussetzungen	170
1. Die Gesamtbetrachtung der Einzelfallumstände als Grundsatz	170
2. Die weiteren Beweise für eine anhaltende Beteiligung	174
3. Die Beweiskraft der unterlassenen offenen Distanzierung für den Nachweis einer fortgeführten Beteiligung	177
a) Die grundsätzliche Beweiskraft	177
b) Die Abwesenheit bei Sitzungen im fraglichen Zeitraum	179
c) Die regelmäßige Teilnahme an Sitzungen im fraglichen Zeitraum	180
d) Die Schlussfolgerungen für weitere Sachverhaltskonstellationen	183
VI. Die Rechtfertigung	184
VII. Die Widerlegung	187
<i>E. Die Wechselwirkungen zwischen den Beteiligungsvermutungen ...</i>	191
I. Das Ineinandergreifen der Koordinierungs- und der Kausalitätsvermutung bei abgestimmten Verhaltensweisen	191
II. Das gemeinsame Erfahrungswissen der Fortführungs- und der Koordinierungsvermutung bei einheitlichen Zuwiderhandlungen	194
III. Die Kausalitäts- und die Fortführungsvermutung: das Fortwirken kartellrechtswidriger Kontakte	195
<i>F. Zusammenfassung</i>	199
 3. Teil: Die Widerlegung der Beteiligungsvermutungen	207
<i>A. Die Geltendmachung der Widerlegungsgründe</i>	207
<i>B. Die offene Distanzierung</i>	208
I. Das Wesen	208

1. Die materiellrechtliche Seite: die Abwendung der Tatbestandsverwirklichung	208
2. Die verfahrensrechtliche Seite: die Führung eines Gegenbeweises	209
II. Der Anwendungsbereich	210
III. Der Rechts- oder Tatsachencharakter	212
1. Die Problemstellung	212
2. Die Rechtsprechung des BGH	214
3. Die Schlussfolgerungen für die Voraussetzungen der offenen Distanzierung und die Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG	216
IV. Die Voraussetzungen	218
1. Die Methodik zur Ermittlung der Voraussetzungen	218
2. Die fehlende wettbewerbswidrige Einstellung und ihre Kundgabe gegenüber den Wettbewerbern	219
3. Die weitere Konkretisierung der Beweisanforderungen des EuGH	221
a) Der Inhalt der offenen Distanzierung	221
b) Die Adressaten der offenen Distanzierung	225
c) Die Form der offenen Distanzierung	227
d) Der Zeitpunkt der offenen Distanzierung	230
aa) Die Abwendung einer erstmaligen Verantwortlichkeit	230
bb) Die Beendigung der Kartellmitgliedschaft	234
e) Das Handeln im Anschluss an die offene Distanzierung	234
aa) Das widersprüchliche Handeln	234
bb) Das parallele oder unveränderte Marktverhalten	235
cc) Das Fortwirken von erlangten Informationen	237
dd) Das Fortwirken von preisgegebenen Informationen	241
C. Die Selbstanzeige bei den Kartellbehörden	242
I. Der Anwendungsbereich und das Wesen	242
II. Die Abgrenzung zur Stellung eines Kronzeugenantrags	247
III. Die Anforderungen an eine taugliche Selbstanzeige	250
D. Der Nachweis eines unabhängigen Marktverhaltens als Widerlegungsform	254
I. Der Anwendungsbereich	254
1. Die Widerlegung der Kausalitätsvermutung	254
2. Die Bedeutung für die Widerlegung der Koordinierungsvermutung	255
3. Die Widerlegung der Fortführungsvermutung und die materiell-rechtliche Beendigung einer Kartellbeteiligung	256

4. Die Beseitigung von Fortwirkungen einer Verhaltenskooperation	258
5. Zwischenfazit	258
II. Das Verhältnis zu den Tatbestandsmerkmalen der bezweckten oder bewirkten Wettbewerbsbeschränkung	259
III. Die Anforderungen an die Widerlegung der Kausalitätsvermutung	261
1. Der Nachweis eines unabhängigen Marktverhaltens	261
2. Die unzureichenden Widerlegungsgründe beim Beweis des Gegenteils	265
3. Die Erschütterung der Überzeugung des Gerichts beim Gegenbeweis	267
<i>E. Die Vorlage sogenannter „anderer Beweise“ als Widerlegungsform</i>	268
I. Die anderen Beweise zur Widerlegung der Fortführungsvermutung	268
1. Der Anwendungsbereich	268
2. Die Beispiele für andere Beweise	271
II. Die anderen Beweise zur Widerlegung der Koordinierungsvermutung	275
1. Der Anwendungsbereich	275
2. Die Exemplifikation anhand der Eturas-Entscheidung	277
<i>F. Zusammenfassung</i>	278
Literaturverzeichnis	283
Stichwortregister	291